



öffentlich

Betreff:
Eingemeindungen

Erstellungsdatum 08.10.2002

Eingang 02:

Einreicher: CDU-Fraktion

Beratungsfolge:		Empfehlung	Entscheidung
Datum der Sitzung	Gremium		
06.11.2002	Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam		

Beschlussvorschlag: Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, der Stadtverordnetenversammlung bereits in der Januar-Sitzung 2003 ein Konzept vorzulegen, wie die Nachbargemeinden, die für eine Eingliederung in Potsdam vorgesehen sind, möglichst reibungslos und für beide Seiten verträglich in das politische Leben Potsdams eingebunden werden können. Hierbei ist insbesondere die erforderliche Beteiligung und Mitwirkung der Stadtverordneten aufzuzeigen.

gez. Eberhard Kapuste
Fraktionsvorsitzender

Unterschrift

Ergebnisse der Vorberatungen
auf der Rückseite

Entscheidungsergebnis

Gremium:

Sitzung am:

<input type="checkbox"/> einstimmig	<input type="checkbox"/> mit Stimmenmehrheit	Ja	Nein	Enthaltung
<input type="checkbox"/> Lt. Beschlussvorschlag		<input type="checkbox"/> Beschluss abgelehnt		
<input type="checkbox"/> abweichender Beschluss DS Nr.:				
<input type="checkbox"/> zurückgestellt		<input type="checkbox"/> zurückgezogen		

überwiesen in den Ausschuss:
Wiedervorlage:

Entscheidungsergebnis:	
Gremium:	
Sitzung am:	
Beratungsergebnis:	
Gremium:	
Sitzung am:	
Beratungsergebnis:	

Finanzielle Auswirkungen?

Ja

Nein

(Ausführliche Darstellung der finanziellen Auswirkungen, wie z. B. Gesamtkosten, Eigenanteil, Leistungen Dritter (ohne öffentl. Förderung), beantragte/bewilligte öffentl. Förderung, Folgekosten, Veranschlagung usw.)

ggf. Folgeblätter beifügen

Begründung:

Voraussichtlich wird der Landtag Brandenburg Anfang 2003 das Gesetz über die Gemeindegebietsreform verabschieden. Dann ist damit zu rechnen, dass neben Groß Glienicke und Neu Fahrland weitere Gemeinden zu Potsdam kommen werden. Dies zu bewerkstelligen ist nicht nur die Aufgabe der Stadtverwaltung mittels von ihr alleine vorbereiteter Beschlussvorlagen, sondern auch der Stadtverordneten.